

# Spangenberg Zeitung.

Anzeiger für die Stadt Spangenberg und Umgebung. Amtsblatt für das Amtsgericht Spangenberg

**Erscheint**  
wöchentlich 2 mal und gelangt Mittwoch und Sonnabend nachmittags für den folgenden Tag zur Ausgabe. Abonnementpreis pro Monat 40.00 M. frei ins Haus.  
Durch die Postanstalten und Briefträger bezogen 41.50 M.  
Telegraphen-Adresse: Zeitung.  
Ansprechbar Nr. 27.



**Anzeigen**  
werden die sechsgehaltene 8 mm hohe (Reit-)Zeile oder deren Raum mit 2.50 M. berechnet; auswärts 3.00 M. Bei Wiederholungen entsprechender Rabatt. Reklamen sollen pro Zeile 4.00 M. Verbrieflicht für Platz, Datenumschrift und Beleglieferung ausgeschlossen. Zahlungen auf Postfachkonto Frankfurt a. M. Nr. 20771.  
Annahmegebühr für Offerten und Auskunft beträgt 50 Pf. Zeitungsbeklagen werden billigt berechnet.

Druck und Verlag: Buchdruckerei Hugo Munzer, Spangenberg. Für die Schriftleitung verantwortlich: Hugo Munzer Spangenberg

Nr. 128 Sonntag den 19. November 1922. 15. Jahrgang

## Aus der Heimat

Spangenberg, den 18. November 1922.

**Einweihung der Heimstätten-Siedlung**  
"Eigene Scholle." Am Mittwoch fand die Einweihung und feierliche Uebergabe der Heimstätten-Siedlung "Eigene Scholle" im Beisein der Behörden und Körperschaften an die Stadt statt. Die "Eigene Scholle" ist die erste Reichsheimstätte in Preußen. Wir werden in nächster Nummer ausführlich über die schlichte, eindrucksvolle Feier berichten.

**Verletzung.** Der Lehrer Max Moses ist von Berleshausen nach hier veretzt worden.

**Zum Kampf gegen die Sperlinge.** Wie es heißt, will die Ackerbauabteilung einer Landwirtschaftskammer die Schulfinder zum Kampf gegen die Sperlinge gewinnen. Wer die heutige Jugend beobachtet, vermag es sehr er der Landwirtschaft genossen ist, diesen Entschluß als erzieherischen Gründen nicht gutzuheißen. Denn mit Recht sucht die Schule alles fernzubalten, was die ihr anvertrauten Kinder zu Gewalttätigkeiten gegen ihre Mitschöpfe und Mitmenschen verleiten könnte. Und gerade von der Schule wird auch gefordert, daß sie der Jugend Lehrtum vor allen Erzeugnissen der Natur und Naturdenkmälern bebringe. Endlich ist es gar nicht leicht, nützliche Tiere von den weniger nützlichen zu unterscheiden. Ein Jäger der durchaus nicht über schwache Augen zu klagen hatte und die Vogelarten wohl zu unterscheiden verstand, bekannte einst, daß er einen Zaunfänger, in der Meinung, einen Sperling vor sich zu haben, erschossen hätte. Wer aber einen einzigen nützlichen Singvogel tötet, schadet sich und der Menschheit mehr, als er nützt, wenn er mehrere Schädlinge vernichtet hätte. Dafür nur zwei Beispiele. Eine Gartenbesitzer ließ eine neben dem Zaun stehende Gasse abhacken, die bisher Sitz und Zuflucht von Singvögeln gewesen war. Im folgenden Sommer wurden die nahe Obstvergnüsse von Raupen schwer heimgegriffen und mit deren Gespinnsten bedeckt. Auch der Apfelblütenstecher, der früher kaum bemerkt war, trieb sein Wesen so, daß die Dornen erheblich litt. Ferner erntete man in einem Garten, in dem die Singvögel gehetzt wurden, und in seiner Nachbarschaft Jahr für Jahr prächtigen Rohl. Die Buchfinken untersuchten nämlich, ebenso wie einzelne Goldammer, die Pflanzen vom Boden her auf Schmetterlingsraupen und Raupen, hüpfen dann auf den Rohl und setzten, unterstützt von Wespen verschiedener Art, oben ihr dienliches Geschäft fort. Ein nur sieben Minuten entfernt wohnender Bekannter, der sich um die Singvögel nicht kümmerte, klagte dagegen, daß er sehr wenig Rohl einheimste, weil ihm die Raupen fast nur Stünke und Blatttruppen übrig ließen.

**Die Wohnungspolitik der Regierung.** Ueber die Wohnungspolitik der Regierung wird von amtlicher Seite erklärt, daß sie in den Teilen der Presse eine Beurteilung fände, die von unrichtigen Voraussetzungen voraussetze. Die heutige beklagenswerte Wohnungsnöte in Deutschland wird als eine unausbleibliche Folge der wirtschaftlichen Weltkrise bezeichnet. Ein umfassender Wohnungsbau, der den Ausfall während des Krieges wieder auszumachen soll, wäre nur als Ueberflüssen der Volkswirtschaft möglich. Daran fehlt es heute in Deutschland, oder teilweise auch im Ausland. Gemindert wird auch die Unsicherheit über die künftige wirtschaftliche Entwicklung. In Ländern mit sinkendem Geldwert scheuen die Besitzer der etwa vorhandenen geringen Kapitalien die Anlage im Wohnungsbau, weil die Eigentümer des Geldes nicht in jertrennlich verbundene Entwertung des Geldes nicht in Kauf nehmen wollen. In Ländern mit besserer Valuta, Kauf nehmen wollen. In Ländern mit besserer Valuta, in denen eine Deflation stattfindet, sind die Geldgeber bis zum Eintritt eines stabilen Geldwertes ebenfalls nicht geneigt, den Wohnungsbau zu unterstützen, da sich nicht vorzusehen läßt, welche Höhe die Miete und damit die Rente ausfallen läßt, welche Höhe die Miete und damit die Rente ausfallen läßt, welche Höhe die Miete und damit die Rente ausfallen läßt.

oder gewerblichen Räumen) würde aus demselben Grunde die Voraussetzung für eine umfangreiche private Neubautätigkeit nicht schaffen, dafür aber einem ziemlich willkürlich abgegrenzten Kreis von Grundbesitzern besondere Einnahmen bringen. Ein Abbau des beherrschenden Apparates wäre nicht damit verbunden, da auch nach dem Willen der Befürworter dieses Vorschlages die zu erzielenden höheren Mieten teilweise der Gesamtheit zugunsten werden und zu Mietzuschüssen oder Baukostenbeiträgen verwendet werden sollen. Und um dem so viel belagten Ausverkauf des deutschen Grundbesitzes durch das Ausland entgegen zu wirken, ist eine Aufhebung der Zwangswirtschaft ebenfalls nicht notwendig. Vielmehr kann die sachgemäße Anwendung des Reichsmietengesetzes schon heute den Hausbesitz vor Verlusten bewahren, die bislang mit zu dem Verkauf von Grundstücken geführt haben.

**Anstehende Blutarmlut der Pferde.** Diese Kriegsseuche hat unter den Pferden im Regierungsbezirk Cassel in letzter Zeit an Ausbreitung gewonnen und bildet eine große Gefahr für unsere Pferdebestände, weil sie schwer erkennbar, dabei leicht übertragbar und wohl immer tödlich ist. Die Seuche wird seit Krieges der viehseuchenpolizeilichen Anordnung vom 1. Mai 1921 veterinärpolizeilich bekämpft und vom Landeshauptmann werden an Besitzer von solchen Einheiten, die an übertragbarer Blutarmlut gefallen oder wegen fehlender oder vermutlicher Erkrankung an dieser Seuche mit Genehmigung des Landeshauptmanns getötet worden sind, Beihilfen bis zur Höhe von 1/3 des gemeinen Wertes der Tiere gewährt. Dagegen ist die Anzeigepflicht für diese Seuche bisher nicht eingeführt worden, es werden jedoch in Zukunft die Beihilfen nur gewährt werden können, wenn der Seuchenverdacht dem Kreisierarzt oder der Polizeibehörde sofort mitgeteilt wird, sobald die polizeilichen Schutzmaßnahmen rechtzeitig angeordnet werden können. Auch dann möglicherweise zu Schadensersatz juristisch belangt werden, wenn bei Verdacht der anstehenden Blutarmlut die rechtzeitige Zuziehung des kompetenten Tierarztes schuldhaft verzögert oder unterläßt. Die Krankheitserscheinungen sind nur bei dieser Seuche, besonders in chronischen Fällen, oft wenig auffallend, und werden umso eher übersehen, als sie oft erst auftreten, wenn die Pferde schon monate- oder jahrelang ihren Besitzer nicht gewechselt und keine Anstehungsgelegenheit gehabt haben. Die Tiere erscheinen zuweilen sehr lange Zeit ganz gesund oder zeigen nur in Zeiten größerer Arbeitsleistung auffallende Müdigkeit und Rückgang in der Ernährung. Da die bei der anstehenden Blutarmlut auftretenden verschiedenen Erscheinungen und Veränderungen selten gleichzeitig festgestellt werden, muß Seuchenverdacht schon angenommen werden, wenn bei einem Pferde Fieber ohne erkennbare Ursache bei auffälliger Muskel- und Herzschwäche, sowie rasche Abmagerung besteht; oder wenn ohne erkennbare Ursache bleiche oder gelblichrote Beschaffenheit der Augenbindehäute, schnelle Ermüdung, Abmagerung trotz guten Appetits, zeitweilige Fieberanfälle, Erhöhung der Zahl der Puls, harte Aufregung des Herzens nach kurzer Bewegung bemerkt werden. Am gefährlichsten und gefährlichsten Pferde müssen besonders die Milchmehlschwellung und die Blutungen in den Schleimhäuten, unter den festen Häuten und im Knochenmark und Muskeltrakt sehr verdächtig gelten.

**Die Strafgebühr der Eisenbahn** wurde von 20 Mark auf 60 Mark erhöht. Sie ist zu entrichten bei einer Uebertretung des Rauchverbots in den Warteräumen oder Nichtraucherabteilungen, selbst wenn man in einem bereitstehenden Zug Platz nimmt, ohne Abtritt, mitzureisen, und endlich, wenn man ohne die nötige Hundertarte betroffen wird.

## Vermischtes.

**Ein schönes Beispiel menschlicher Eiferfreudigkeit** gibt das Kirchspiel Volkstorf im Kreise Braunshausberg (Ostpr.). Es spendet den ganzen Winter hindurch wöchentlich hundert Liter Vollmilch unentgeltlich an bedürftige Säuglinge.

**Nach sieben Jahren aus Russland zurückgekehrt** ist der Hamburger Kriegsteilnehmer Josef Klieger. Er wurde im Februar 1916 als älter einjähriger Staatsangehöriger einberufen und galt seit dem großen Kesselschlachten als vermißt, bis vor 14 Tagen eine

Kostkarte aus der Fischhoffabrik eintraf und mehrere, daß Klieger am Leben sei. Zur großen Freude erschien der Totgeglaubte unbemerkt bei seinen Hamburger Angehörigen.

**Neue Erdbeben in Südamerika.** Aus Santiago, der Hauptstadt der chilenischen Republik, kommt die Meldung von neuer Erdbeben. In der Gegend von Quimbo wurden abermals zwei heftige Erderschütterungen verführt. Gleichzeitig wurde wieder eine Erdringflut beobachtet. Wie nachträglich bekannt wird, ist bei der letzten Erdbebenkatastrophe die in der Südsee gelegene Osterinsel, die zu Chile gehört und von 300 Polynesier bewohnt wird, ins Meer versunken. In Chile selbst beträgt die Zahl der aufgefundenen Toten 1068, dazu kommen die noch vermissten und versorgenen Toten. Diese Liste wird sich noch vergrößern, da noch nachträglich neue Erdbeben stattgefunden haben. Die Zahl der Obdachlosen wird auf 36 000 geschätzt. Zurzeit suchen chilenische Kriegsschiffe den Berunglückten Hilfe zu bringen. Alle Unterseeboote längs der chilenischen Küste scheinen herbeigeführt zu sein.

**Eine Spende des Reichspräsidenten.** Der Reichspräsident hat der Stadt Berlin aus dem ihm am Verfassungstage zur Verfügung gestellten Fonds zur Hebung der Volksgesundheit durch Spiele im Freien einen Betrag von 100 000 Mark überwiesen.

**Der Raub im Weimarer Goethe-Museum.** Die von der Thüringer Landesregierung über den Diebstahl im Goethe-Nationalmuseum eingeleitete Untersuchung hat ergeben, daß weder die Direktion des Instituts, noch irgendein Aufseher ein Verschulden trifft. Die von der Polizei angefertigten umfangreichen Nachforschungen haben bereits auf die Spur des Täters geführt. Zur Sicherung der Weimarer Museen sind neue Maßnahmen getroffen worden.

**Berufungsverbot in Köln.** Mit Rücksicht auf die letzten Unruhen hat die Interalliierte Kommission alle Versammlungen und Veranstaltungen untersagt, die die Sicherheit der interalliierten Truppen beeinträchtigen könnten, ebenso ist die Anwesenheit von Personen auf der Straße nach Eintritt der Dunkelheit verboten. Die englischen Behörden sprachen der deutschen Polizei ihre Anerkennung aus für die tatkräftige und erfolgreiche Haltung, mit der sie ihrer schwierigen Aufgabe nachgekommen ist. Sie sind entschlossen, ihr jede Unterstützung zuteil werden zu lassen, bei Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung. Die englischen Behörden erkennen andererseits die schweren Folgen der ungeheuren Leerung zu tragen hat, und hoffen, daß die verantwortlichen Stellen mit durchgreifenden Maßnahmen gegen eine unerlaubte Verteuerung vorgehen werden.

**Ablehnung des Generalstreiks in Düsseldorf.** Eine Sitzung der Gewerkschaftsvorstände hat mit aller gegen zwei Stimmen beschlossen, daß es für die freien Gewerkschaften keinen Generalstreik gibt. Den noch im Kampfe befindlichen Arbeitern wird die sofortige Wiederaufnahme der Arbeit empfohlen. Die Gewerkschaften wollen sich mit allem Nachdruck dafür einsetzen, daß keine Maßregelungen stattfinden.

**Ueber 1000 Gänse gestohlen.** Eine Bande von Gänsedieben soll jetzt die Provinz Hannover heimlich suchen. Sie konnte bisher nicht gefasst werden, obwohl Männer, die als Gänsediebe verhaftet wurden, Gänse der Bande nicht an. Bisher wurden in 51 Dörfern weit über 1000 Gänse gestohlen.

**Ein Landjäger von einem Verbrecher erschossen.** Auf der Landstraße zwischen Lichte und Bad Rymont (Hannover) hielt ein Landjäger den wegen Mordes gesuchten Alfred Pauli an, der auf einem Motorrad fuhr. Pauli ließ bereitwillig ab und machte sich an seinem Motorrad ab zu schaffen. Mäßig feuerte er einen Revolver auf den Landjäger ab, der diesen sofort tot niederstreckte. Pauli fuhr dann mit seinem Motorrad nach dem Bahnhof Lichte, benutzte von dort den Zug nach Schieder und ist dort spurlos verschwunden.

**Im Interesse der vielen Druck- und sonstigen Leidenden, sei an dieser Stelle ganz besonders auf das Inserat der Firma Ph. Steuer Sohn in heutiger und letzter Nummer hingewiesen. Der Weltuf dieser Firma und ihres beratenden Arztes Dr. med. Kühner bürgt dafür, daß jederman bestens bedient wird.**



# Chronik des Tages.

Der mit der Bildung des Reichskabinetts beauftragte bisherige Generaldirektor der Tabak-, Geheimrat Cuno, ist in den ersten Besprechungen mit den Parteiführern eingetreten.

Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion beschloß, gegen den Versuch einer Kabinettsbildung durch Cuno keinen Einspruch zu erheben.

Die englischen Konservativen haben bei den Unterjauwahlen die absolute Mehrheit erungen.

Die englische Arbeiterpartei zieht mit 140 Mandaten als zweitstärkste Partei in das neue Parlament.

Mussolini hat seine Antrittsrede in der italienischen Kammer gehalten.

Der Dollar ist am Freitag an der Berliner Börse von 7506 auf 6608 (amtlich) zurückgegangen.

## Von Woche zu Woche.

### Hauptbemerkungen zur Zeitgeschichte.

Deutschland hat sich wieder einmal den Luxus einer Regierungskrise geleistet. Ein Kabinettswechsel ist heute allerdings nichts Besonderes. Unser Verstand an Kanzlern und Ministern ist schon mehr als groß, haben wir doch seit der Revolution mehr Kanzler kommen und gehen lassen als in den ersten 45 Jahren seit der Gründung des Reichs. Und mehr als hundert fiktive ehemalige Reichsminister zählt der Reichstag in seinen Reihen.

Im Gegensatz zu den früheren Kabinettskrisen ist der Regierungswechsel diesmal nicht auf außenpolitische Momente zurückzuführen. Im Gegenteil, gerade nach außen war wenige Stunden vor dem Austritt des Kabinetts Wirth eine geschlossene Front gebildet worden, wie wir sie sonst sehr selten - höchstens bei der Bewilligung der Abgeordnetendiäten - zu sehen bekommen. Das Stabilisierungsprogramm der Reichsregierung, das in der Note an die Reparationskommission niedergelegt worden war, hatte die Billigung der Deutschen Volkspartei und sämtlicher Regierungsparteien einschließlich der Sozialdemokraten gefunden.

Die von vielen Seiten erstrebte „Große Koalition“ von Stresemann bis Scheidemann war also tatsächlich schon vorhanden. Um so mehr muß es überraschen, daß der Versuch des Kanzlers, die bereits bestehende „stille“ Große Koalition durch offizielle Aufnahme der Deutschen Volkspartei in die Regierung zu sanktionieren und dadurch eine feste, arbeitsfähige Regierung zu schaffen, an dem Widerstande von links gescheitert ist. Der Kanzler zog die einzig mögliche Folge daraus und trat mit seinem Kabinet zurück.

Das neue Kabinet, das von dem Generaldirektor der Tabak-Geheimrat Cuno gebildet werden soll, wird sich voraussichtlich auf keine Koalition stützen. Es soll ein „Kabinet der Arbeit“ sein, das sich durch die Art seiner Zusammensetzung und seines Programms eine möglichst breite Grundlage sichern will. Das Programm ist durch die Note an die Reparationskommission gegeben.

Die Durchführung des deutschen Regierungsprogramms hängt wesentlich von der Haltung ab, die die englische Regierung Deutschland gegenüber einnehmen wird. Der Ausfall der Wahlen in England, die einen überraschend starken Sieg der Unionisten und eine schwere Niederlage der Anhänger Lloyd Georges gebracht haben, läßt erhoffen, daß die wandelmutige Politik, die Lloyd George bisher Deutschland gegenüber verfolgte, nunmehr einer zielbewußten Politik Platz machen wird, die das nötige Verständnis für die schwere Lage Deutschlands aufzubringen weiß.

## Ein Kabinet der Arbeit.

### Cuno verhandelt mit den Parteien.

Der vom Reichspräsidenten mit der Regierungsbildung beauftragte bisherige Generaldirektor der Hamburg-Amerika-Linie Dr. Wilhelm Cuno hat sofort nach Annahme des offiziellen Auftrags die Besprechungen mit den Parteiführern eingeleitet. Nach Einleitung der Vorbesprechungen hat er sich nach Hamburg begeben, wo er noch dringende geschäftliche Angelegenheiten zu regeln hatte. Im Laufe des Freitags kehrte er nach Berlin zurück, um die Bildung des „Kabinetts der Arbeit“, wie er es nennt, zum Abschluß zu bringen.

### Günstige Aussichten.

Die Betrauung Cunos mit der Kabinettsbildung hat bei den Parteien der bürgerlichen Arbeitsgemeinschaft eine günstige Aufnahme gefunden. Von Seiten der Sozialdemokraten liegt ein Fraktionsbeschluss vor, gegen den Versuch einer Kabinettsbildung durch Cuno keinen Einspruch zu erheben. Im übrigen nähern die Sozialdemokraten ihre Stellungnahme davon abhängig, welche persönlichen und sachlichen Vorschläge Cuno machen wird.

In den Kreisen der Wirtschaft, der Industrie wie der Finanzen wird die Betrauung Cunos durchweg begrüßt. Auch in der Presse findet der Ruf des Reichspräsidenten fast ungeteilt beifällige Aufnahme. Es wird allgemein hervorgehoben, daß der Reichspräsident einen glücklichen Griff damit getan habe, daß er eine politisch nicht abgeleitete, führende Persönlichkeit aus dem deutschen Wirtschaftsleben mit der Regierungsbildung beauftragt habe. Geheimrat Cuno ist Katholik, gehört jedoch der Zentrumspartei nicht an. In Wirtschaftskreisen sieht er in hohem Ansehen. Er gilt als der Schöpfer der neuen deutschen Handelsflotte. Dreimal war er in Nordamerika und hat sich dort besonders gute Beziehungen geschaffen. Er hatte während seiner letzten Anwesenheit in der Union im letzten Sommer Gelegenheit zu eingehender Aussprache mit Präsident Harding. Bei seiner ersten Anwesenheit in den Vereinigten Staaten im Jahre 1920 hatte er mit dem Harriman-Konzern das bekannte zehnjährige, auf vollkommener Gegenseitigkeit beruhende großzügige Schiffsabkommen abgeschlossen. Man glaubt, daß das Vertrauen, das sich Cuno bei so starken ausländischen Finanzkräften wie dem Harriman-Konzern, aber auch bei anderen Wallstreet-Riesen und beim Präsidenten Harding erworben hat, der dringenden Notwendigkeit der deutschen Wirtschaft zugute kommen werde.

Wichtiges zugute kommen werde.

## Die Zusammensetzung des Kabinetts.

Neben der Zusammensetzung des Kabinetts läßt sich noch nichts Bestimmtes sagen. Es ist demnach möglich, sich den Kopf darüber zu zerbrechen, wer für die einzelnen Ministerien des neuen Kabinetts in Frage komme. Es steht festlich fest, daß Geheimrat Cuno dem bisherigen Reichsfinanzminister Hermes das auswärtige Ministeramt angeboten hat. Im übrigen nimmt man an, daß ein Teil der bisherigen Minister in das neue Kabinet übernommen werden wird.

## Bonar Law's Sieg.

Absolute Mehrheit der Konservativen. Charles Anwachsen der Arbeiterpartei.

Die Wahlen zum englischen Unterhaus haben mit einem großen Siege der Konservativen geendet. Die Konservativen haben etwa 70-80 Mandate mehr erhalten als alle anderen Parteien zusammen. Die Regierung Bonar Law's verfügt also über eine absolute Mehrheit in dem neuen Parlament. Die National-Liberalen und die unabhängigen Liberalen geben geschlagen aus dem Wahlkampf hervor, die Arbeiterpartei hat auf Kosten der Liberalen einen Gewinn von ungefähr 70 Eigen zu verzeichnen. Sie zieht als zweitstärkste Partei ins Unterhaus und zählt doppelt soviel Abgeordnete wie im letzten Parlament.

Nach den neuesten Ergebnissen sind gewählt: 343 Konservative, 140 Arbeitervertreter, 57 Unabhängige Liberales (Asquith) 52 National-Liberales (Lloyd George) und 13 sonstige Abgeordnete. Einige Ergebnisse zeigen noch aus.

Das hervorsteckendste Merkmal der Wahl ist die Niederlage der Anhänger Lloyd Georges. Verschiedene Minister des alten Kabinetts blieben auf der Ehre, darunter auch der bisherige Kriegsminister Churchill, der durch eine schwere Erkrankung an wirksamer Wahltauglichkeit verhindert war. Seine Niederlage ist allerdings letzten Endes dem Umstande zuzuschreiben, daß man ihn für den kriegsrischsten aller Kriegsheer hielt. Das große Publikum verurteilte die Politik Lloyd Georges, die das Land beinahe in einen Krieg mit der Türkei gestürzt hätte, und stimmte für die Konservativen und die Arbeiterpartei, weil diese Parteien versprochen hatten, daß die Lloyd George-Politik in Fragen des Nahen Ostens niemals wieder getrieben werden wird. Es ist dies eine klare Neuorientierung des Friedenswunsches des englischen Volkes.

## Mussolinis Programm.

### „Friedensverträge sind nicht ewig.“

Der faschistenführer Mussolini hat in der italienischen Kammer seine Antrittsrede als Ministerpräsident gehalten. Nach einigen kleinen Höflichkeiten sagte er, jedermann solle wissen, daß er auf seinem Posten stehe und die Revolution der Schwarzhemden verteidigen werde. Er habe sich aber selbst Beschränkungen auferlegt. Denn er habe sich gesagt, die höchste Klugheit sei die, welche nach dem Siege nicht verjage. Er habe eine Koalitionsregierung gebildet, nicht zu dem Zweck, eine parlamentarische Mehrheit zu schaffen, die er nicht nötig habe, sondern um über den Parteien alle diejenigen zu vereinen, welche die in Gefahr befindliche Nation zu retten wünschen.

Zur auswärtigen Politik übergehend, sagte Mussolini, seine Politik beruhe auf den Grundlagen der Friedensverträge, die - gut oder schlecht - durchgesetzt werden müssen, sobald sie unterzeichnet und ratifiziert sind. Verträge seien aber nicht ewig. Wenn sich während ihrer Durchführung ihre Einseitigkeit ergebe, könne man die gegenseitige Stellung der Vertragsschließenden von neuem prüfen.

Sehr interessant waren die Ausführungen Mussolinis über die Stellung Italiens in der Entente. Er erklärte, das faschistische Italien wolle aus politischen, wirtschaftlichen und moralischen Gründen seine Kriegskollaboration nicht im Stich lassen. Aber er frage, wenn nach eine Entente im eigentlichen Sinne des Wortes bestehe, wie stelle sie sich zu Deutschland und Rußland und zur deutsch-russischen Allianz? Er nehme sich vor, in den Unterhaltungen mit den Ministern Englands und Frankreichs mit aller Klarheit und in seiner ganzen Verantwortlichkeit das Problem der Entente und das daraus folgende Problem der Stellung Italiens in der Entente ins Auge zu fassen. Aus dieser Prüfung gehe entweder ein wahrhaft homogener, im Gleichgewicht sich haltender und demokratischer Block von Kräften mit denselben Rechten und Pflichten hervor, oder die letzte Stunde für die Entente habe geschlagen, und Italien nehme seine Handlungsfreiheit wieder zurück und werde loyal verfahren, seine Interessen mit einer anderen Politik zu verteidigen.

Zur inneren Politik übergehend erklärte Mussolini, seine Leitfäden beständen in den Worten: Expansive Arbeit und Disziplin. Mit größter Schnelligkeit müsse das Budgetgleichgewicht hergestellt werden. Der Produktion solle geholfen werden. Alle Gewalttätigkeiten müßten aufhören und alle Bürger müßten sich frei bewegen können. Er verlange unbeschränkte Vollmacht, weil er auch die ganze Verantwortung übernehmen wolle. Das Land sei mit ihm und warte.

Die vollbesetzte Kammer und die überfüllten Tribünen applaudierten an einer Reihe von Stellen der Rede außerordentlich lebhaft. Kurz darauf gab Mussolini auch im Senat ähnliche Ausführungen ab, die gleichfalls zu begeisterten Kundgebungen führten.

## Die Beiträge zur Angestelltenversicherung.

Bis 840 000 Mark versicherungspflichtig. Vom 1. November ab sind die neuen Gehaltsklassen und Beitragsätze der Angestelltenversicherung in Kraft getreten. Die Grenze der Versicherungspflicht ist von 300 000 Mark auf 840 000 Mark Jahres-

kommen heraufgesetzt worden. Statt der früheren Gehaltsklassen gibt es jetzt dreizehn Gehaltsklassen, für die von Klasse zu Klasse steigende Beiträge festgesetzt sind. Die neuen Beiträge gegenüber den bisherigen stark erhöht. Die Versicherungsanstalt vertritt den Standpunkt, daß die Erhöhung eine Notwendigkeit war, weil die bisherigen Beiträge den heutigen Verhältnissen in keiner Weise entsprachen und die notwendige Erhöhung der Leistungen unmöglich machten.

Im einzelnen sind die neuen Beitragsätze folgendermaßen festgesetzt:

Klasse	1 Jahrentgelt	518	7200 M.	Monatsbeitrag
1	7200	14400	M.	60 M.
2	14400	28800	M.	100 M.
3	28800	57600	M.	170 M.
4	57600	115200	M.	280 M.
5	115200	230400	M.	430 M.
6	230400	460800	M.	600 M.
7	460800	921600	M.	830 M.
8	921600	1843200	M.	1150 M.
9	1843200	3686400	M.	1600 M.
10	3686400	7372800	M.	2340 M.
11	7372800	14745600	M.	3300 M.
12	14745600	29491200	M.	4600 M.
13	29491200	58982400	M.	6400 M.

Von den Monatsbeiträgen entfällt die eine Hälfte auf die Arbeitgeber, die andere auf die Arbeitnehmer. Wichtig ist die neue Bestimmung, daß die Versicherungsgrenze von 60 Jahren in fortlaufender Weise auf die Höhe der eigenen Beitragsleistung beschränkt ist, die sog. Halbversicherer der Klasse des halbjährigen Beitrags. Eine Befreiung von der eigenen Beitragsleistung kommt nur in Ausnahmefällen in Frage, die erstmalig in die Versicherung eingetreten, zurzeit des Eintritts das 30. Lebensjahr überschritten haben und eine ausreichende Lebensversicherung besitzen, die mindestens schon seit drei Jahren läuft. Als ausreichend gilt die Versicherung, wenn die monatliche Prämie mindestens den Betrag des Versicherenden entspricht.

Den neuen Beiträgen entsprechen erhöhte Leistungen der Versicherung. Zu dem Ruhegehalt und der Rente, die dem erwerbsunfähigen Versicherungsnehmer zufließt, tritt als Rentenerhöhung eine Teuerungszulage, die bei Ruhegehalt, Witwen- und Waisenrenten jährlich 9000 Mark, bei der Waisenrente jährlich 4500 Mark beträgt.

## Die neue Wahlkreiseinteilung.

Statt 35 künftig 38 Wahlkreise. Dem Reichstag ist der Entwurf eines zweiten Gesetzes zur Änderung des Reichswahlgesetzes zugewiesen, der sich darauf beschränkt, die ganz großen Wahlkreise in der Weise zu verkleinern, daß auf einen Wahlkreis durchschnittlich 1,5 Millionen Einwohner kommen. Allerdings mit Ausnahme von Berlin, von wo es in der Begründung heißt, daß es „im allgemeinen zusammenzufassen“ ist. Eine Begründung für die Notwendigkeit dieser Zusammenfassung wird jedoch nicht gegeben, und so bleibt die wahrscheinlich außerordentlich erschwerte Aufgabe bestehen, daß der Wahlkreis Berlin mit über drei Millionen 800 000 Einwohnern einen einzigen Wahlkreis bildet.

Der Wahlkreis Berlin, der bisher die Wahlkreise 2-4 (Berlin, Potsdam I, Potsdam II) umfaßt, soll künftig die Stadtgemeinde Berlin umfassen, während der dritte Wahlkreis, Potsdam, den Regierungsbezirk Potsdam umfassen soll. Oberpreußen mit 1 Million 303 352 Einwohnern bleibt als eigener Wahlkreis bestehen. Die Wahlkreise Westfalen-Nord und Westfalen-Süd werden ebenfalls geteilt und zwar in den Wahlkreis 16 (Münster) und den Wahlkreis 17 (Minden), der, den Regierungsbezirk Minden, den Kreis Grafschaft Schaumburg, Lippe und Schaumburg-Lippe umfassen soll. Der Wahlkreis Westfalen-Süd wird in die beiden Kreise 18 (Arnsberg-West) und 19 (Arnsberg-Ost) zerlegt. Der Wahlkreis Hessen-Nassau in die Wahlkreise 20 (Kassel) und 21 (Regierungsbezirk Kassel und Waldeck) und 21 (Wiesbaden), umfassend den Regierungsbezirk Wiesbaden und den Kreis Weimar.

Das rechtsrheinische Bayern, das bisher in 3 Wahlkreise zerfiel, soll in vier aufgeteilt werden. Der Entwurf schlägt vor, den Regierungsbezirk Oberbayern als selbständigen Wahlkreis zu gestalten; der Wahlkreis Niederbayern-Oberpfalz soll bleiben, dagegen soll der bisherige Wahlkreis Franken in 2 Wahlkreise, Mittelfranken-Schwaben und Ober- und Unterfranken zerlegt werden. Die Einteilung der sächsischen Wahlkreise nach dem Landeswahlgesetz soll auch für die Reichstagswahlen übernommen werden.

## Politische Rundschau.

Berlin, 18. November 1922.

Anlässlich der Wahl des bayerischen Ministerpräsidenten fand ein Telegrammwechsel zwischen dem Reichspräsidenten Ebert und dem Ministerpräsidenten v. Arnim statt.

Tratrag auf Herabsetzung der Kaffeesteuer. Das brasilianische Bundesministerium hat eine Eingabe an den Reichstag gerichtet, in welcher im Interesse einer weiteren Förderung der guten Beziehungen zwischen Brasilien und Deutschland eine Herabsetzung der Grundzölle für Kaffee auf 100 Mark je Doppelzentner angeregt wird. - Eine Herabsetzung der Zölle auf Kaffee würde in Brasilien als ein besonders wertvolles Entgegenkommen des Deutschen Reiches angesehen werden. Diese Herabsetzung würde dem deutschen Export in Brasilien allgemein zugute kommen und das alte gute Verhältnis zwischen beiden Ländern und Büßern noch mehr als bisher befestigen.

Erhöhung der Besatzungszulagen. Am 16. November fanden im Reichsfinanzministerium mit den gewerkschaftlichen Spitzenorganisationen Verhandlungen über die Erhöhung der Besatzungszulagen ab. Statt. Die Monatsbeiträge in Klasse A wurden von 1000 Mark auf 3000 Mark, in Klasse B von 500 auf 2700 Mark, in den Dreiklassen C-E von 750 auf 2400 Mark erhöht, desgleichen die Besatzungszulagen für unversorgte Kinder von monatlich 180 auf 800 Mark.



**Neue Steuerquellen für Länder und Gemein-**  
**de.** Der Reichsrat hat die Novelle zum Landes-  
 steuergesetz angenommen, die als Finanzausgleichs-  
 gesetz verabschiedet werden soll. Die Vorlage eröffnet  
 den Ländern und Gemeinden neue Steuerquellen.  
 Die Länder dürfen eine Fahrzeusteuer, die Gemein-  
 de eine Getränke- und eine Schandverehrungs-  
 steuer erheben, und es werden ihnen die Erträge  
 einer Viehsteuer überlassen. Der Anteil der Länder  
 an der Einkommen- und Körperschaftsteuer wird von  
 zwei Dritteln auf drei Viertel erhöht. Die Umsatz-  
 steuer soll von 2 auf 2 1/2 Prozent, der Anteil der  
 Gemeinden an ihr von 5 auf 25 Prozent erhöht  
 werden. Weiter soll den Ländern das Einkommen  
 aus der Kraftfahrzeugsteuer und der Kennzeichensteuer  
 voll überlassen werden. Die Ueberweisung der Steuer-  
 erträge soll möglichst bald nach dem Einlaufen in die  
 Reichskasse erfolgen. Das Reich darf den Ländern  
 oder Gemeinden neue Aufgaben nur zuweisen, wenn  
 es gleichzeitig für die Bereitstellung der erforder-  
 lichen Mittel Sorge trägt. An die Stelle der Vor-  
 schüsse, die den Gemeinden und Ländern zur Verfü-  
 gung der erhöhten Beisetzungen für Beamte und An-  
 gestellte gegeben wurden, sollen Zuschüsse treten.

**Rundschau im Auslande.**

Die endgültigen amtlichen Ergebnisse der Senats-  
 wahlen in Polen sind folgende: Nationalisten 51, Minderheits-  
 partei 21, Volkspartei (Witas) 15, Modulare Bauernpartei  
 (Polenpolen) 8, Sozialisten 7, galizische Nationalisten 4, Na-  
 tionale Arbeiterpartei 2, weitere drei Gruppen je 1 Man-  
 dat, Kommunisten 0.  
 Nach einer Spasammlung aus Athen sind die che-  
 mosianen Minister Tsaldaris und Sogom Mallis verhaftet  
 worden.  
 Mrs. Mac Dinch und mehrere andere irische Frauen,  
 die vor der britischen Vorherrschaft in Washington demonstriert  
 hatten, wurden wieder in Freiheit gesetzt, da ihr Auftreten  
 keine Gesetzesverletzung bedeutete.  
 Nach einer Mitteilung des Präsidenten Harding ist  
 eine Wilerdung des Alkoholverbotes zu erwarten.

**Türkei: Der Sultan vor Gericht.**  
 Aus Konstantinopel wird gemeldet, die Nationalver-  
 sammlung von Angora habe beschließen, den Sultan und  
 seine Minister vor Gericht zu stellen. Vermutlich werde die  
 Verhaftung des Sultans gefordert werden. Eine Entschä-  
 digung darüber, wie dieser Beschluß ausgeführt werden soll,  
 ist noch nicht getroffen worden.

**Amerika: Eine neue Partei.**  
 Nach einer Meldung der "Chicago Tribune" aus  
 Washington wird im Hinblick auf die Wahlen die Organi-  
 sation einer unparteiischen Gruppe geplant, die zu den  
 Präsidentenwahlen von 1924 in eine "dritte Partei" von  
 führender Bedeutung umgewandelt werden soll. Zum Ver-  
 treter sind nach dem Blatte unter anderen aufgeführt die  
 Senatoren Vorah, Johnson, La Follette und Norris, fer-  
 ner der frühere Staatssekretär Bryan. Eine Konferenz der  
 Gruppe soll in einem Monat stattfinden. Auf ihrem Pro-  
 gramm steht u. a. die richtige Anerkennung Sowjetrußlands.

**Volkswirtschaft.**

**Erhöhung der Kaltpreise.** Die Sachverständigen-  
 kommission des Reichskabinetts beschloß unter Zustimmung  
 der Arbeiter und Verbraucher, die Kaltpreise mit Wir-  
 kung vom 17. November ab um durchschnittlich 60  
 Prozent zu erhöhen.  
**Das neue Goldzulassungsgesetz für die Zeit vom**  
 29. bis einschließl. 28. Novbr. 1922 beträgt 145 500  
 vom Hundert, das ist das 1459fache des Grundzolls  
 gegen 112 400 Prozent der vorigen Verordnungszeit.

**Handelsteil.**

Berlin, den 17. November 1922  
 Die voraussichtliche Lösung der innerpolitischen Krise  
 hat offenbar auf dem Devisenmarkt der D W z eine gün-  
 stige Aufnahme gefunden. Der Dollar, der schon gestern  
 abend recht schwach lag, sentte sich infolgedessen in den heuti-  
 gen Vormittagsstunden von 6800 auf 6100. Im wesentlichen  
 trugen auch die festeren New Yorker Marktkurse zu dieser Er-  
 höhung bei. Umlich nicht nur der Dollar, sondern auch die  
 anderen Währungen zeigen eine ziemlich feste  
 Bild. Wenn auch von einer eigentlichen Kaufjubiläumung nicht  
 gesprochen werden konnte, so war die Mehrzahl der Kurse  
 doch gut behauptet, und die Tendenz im allgemeinen wider-  
 standsfähig. Der Verkaufsmarkt wurde von der Börse mit  
 einer gewissen Zuversicht beurteilt, weil man von ihm Ver-  
 ständnis für die wirtschaftliche Lage erwarten zu können  
 glaubt.  
 Auf dem Produktenmarkt kam in fast allen Ar-  
 tikeln ein stärkeres Angebot heraus. Umgekehrt wurde aller-  
 dings nicht viel, da die Käufer sehr zurückhielten.

**Stand der Markt.**

Es kostete nach den amtlichen Mitteilungen der Ver-			
inner Börse am	17. 11.	16. 11.	1914
1 holländischer Gulden	2593	2972	1,67 M.
1 belgischer Franc	426	463	0,80 "
1 dänische Krone	1326	1521	1,12 "
1 schwedische Krone	1765	1995	1,12 "
1 italienische Lira	311	344	0,80 "
1 englischer Pfund	29326	33813	20,00 "
1 Dollar	461	7506	4,20 "
1 spanischer Franc	668	498	0,80 "
1 schweizerischer Franc	1226	1376	0,80 "
1 tschechische Krone	203	275	0,80 "

**Warenmarkt.**  
 Mittagsbörse. (Umlich.) Preise für 50 Kilo ab Station:  
 Weizen 12 400-12 000. Roggen 10 700-10 500. Sommer-  
 gerste 12 000-12 300. Wintergerste 12 000-12 000. Weizen-  
 12 300-12 200. Mais 1000 Bestir 12 200-12 000. (100 Kilo)  
 mehl (100 Kilo) 36 500-35 000. Roggenmehl 6 400-6 300. Haas  
 30 500-33 500. Weizen- und Roggenmehl 12 000-11 500. Ackerbohnen  
 20 000-21 000. Wicken 14 500-15 500. Ackerbohnen  
 20 000-21 000. Bohnen 18 500-19 500. Lupinen 15 000  
 14 000-14 500. Gelbe 15 500-16 500. Geranien 25 000  
 14 000-15 000. Gelbe 15 500-16 500. Trogenschnitzel 5700  
 bis 30 000. Wachswaren 7500-7700. Trogenschnitzel  
 bis 5900. Rohw. Zuckerhut 7700-7900. Zinn- und  
 Nisung 30-70 3500-3800.  
**Getreide und Stroh.**  
 Drahtgepresstes Roggen-, Weizen- und Haferstroh 5000  
 bis 5100, bindfadengepresstes Roggen- und Weizenstroh 4600  
 bis 4700, Roggenlangstroh 4700-4800, langes und gebäu-  
 detes Stroh 4500-4600, Stroh 5400-5500, handels-  
 weises Heu 2850-2900, gutes Heu 3100-3300 Markt.

**Deutscher Reichstag.**

Berlin, den 17. November 1922  
 Die Ankerarbeiten.

Auf der Tagesordnung steht die zweite Beratung des  
 Vortrages Herrg (Dnt.) zur Aufhebung der Einzelsteuer  
 für Zeitungen und Zeitungsblätter. Der Ausschuß hat be-  
 schlossen, daß die Steuer für die Nebernahme von Anzeigen  
 bei Zeitungen und Zeitungsblättern erhöht werden soll: von den  
 ersten 1 000 000 Mark des innerhalb eines Kalenderjahres-  
 jahres vereinnahmten Entgelts auf 1/2 Prozent, von den  
 nächsten 1 000 000 Mark auf 1 Prozent, von den nächsten  
 1 000 000 Mark auf 1 1/2 Prozent, von den darüber hinaus-  
 gehenden Beträgen auf 2 Prozent.

Abg. Wuhn (Dnt.) beruft als Berichterstatter auf  
 die katastrophale Lage der Presse infolge der ungeheuren  
 Erhöhung der Papierpreise.  
 Abg. Koenen (Komm.) verlangt Abschaffung der An-  
 zeigensteuer die unzulässig sei.

Der Antrag Koenen wird abgelehnt und der Ausschuß-  
 antrag in zweiter und dritter Lesung gegen die Kommuni-  
 sten angenommen.

Es folgt die erste Beratung eines Gesetzentwurfes zur  
 Änderung des Gewerbeverordnungsbuches, der ent-  
 sprechend der Geltendmachung der Kaufmännerschaft er-  
 weitert. Nach dem Vorschlage des Ausschusses sollen der  
 Reichsrat und ein Reichstagsausschuß die Berechtigung  
 haben, selbständig die Zuständigkeitsgrenze zu erweitern.

Das Haus beschließt jedoch, daß nur der Reichstags-  
 trennung selbst die Entscheidung treffen soll und nicht der  
 Reichsrat und der Reichstagsausschuß. Die Vorlage wird  
 im übrigen angenommen, die Zuständigkeitsgrenze wird nach  
 dem Antrag Stöbel (Soz.) auf 840 000 Mark festgelegt.

**Die Geschäftsbildung des Reichstages.**  
 Die zweite Lesung der Geschäftsbildung des Reichstages  
 wird darauf fortgesetzt.  
 Ein Antrag Rederer auf Zurückweisung der Vorlage  
 an den Ausschuß wird abgelehnt.

Es folgt die Einzelberatung, in der beschlossen wird,  
 daß die Fraktion mindestens 15 Mitglieder zählen soll.  
 Nach weiterer unentschiedener Debatte über die einzelnen  
 Paragraphen der neuen Geschäftsordnung verläßt sich das  
 Haus auf Sonnabend 11 Uhr.

**Schlußdienst.**

**Steuermarken für 500, 1000 und 2000 Mark.**  
 Berlin, 17. Novbr. Das Reichsfinanzministe-  
 rium hat sich entschlossen, den Druck von Steuer-  
 marken im Nennbetrage von 500, 1000 und 2000  
 Mark im Einvernehmen mit der Reichspostverwal-  
 tung in die Wege zu leiten. Die Herstellung dieser  
 Marken wird sich vor Anfang nächsten Jahres kaum  
 ermöglichen lassen.

**Verbot einer nationalsozialistischen Versammlung.**  
 Hannover, 17. Novbr. Oberpräsident Kossk  
 hat die nach dem Neuen Hannoverischen Festkalen ein-  
 berufene Versammlung der nationalsozialistischen Par-  
 tei in Hannover verboten.

**Die Streikbewegung im Westen.**  
 Duisburg, 17. Novbr. Mehrere Tausend von  
 einer Stärke von etwa 250 Personen versuchten nach  
 Duisburg hin vorzudringen. Es gelang, die Arbeiter  
 teilweise zum Verlassen der Betriebe zu bringen.  
 In Duisburg selbst wurden sie von der Polizei zu-  
 rückgedrängt, hatten also keinerlei Erfolg. Im So-  
 linger Bezirk, in Elberfeld und Barmen ist die Auf-  
 gzwijgen wieder hergestellt worden.

**Angliederung Meiningens an Bayern?**  
 Weimar, 17. Novbr. Nach der Einverleibung  
 Koburgs durch Bayern sind auch jetzt Besprechungen im  
 Gange, Meiningen vom Lande Thüringen loszulösen  
 und an Bayern anzuschließen. Auf Grund des Artikels  
 18 der Verfassung soll, so meldet das "Namb. Tage-  
 blatt", eine Volksabstimmung angestrebt werden.

**Das Echo in Frankreich.**  
 Paris, 17. Novbr. Die Nachricht von der Ver-  
 trauung Cunos mit der Kabinettbildung wird von der  
 Pariser Presse günstig aufgenommen. Man äußert  
 die Hoffnung, Cuno werde im Einverständnis mit der  
 Schwerindustrie ein klares Programm für die deut-  
 sche Reparationspolitik vorlegen, und die Abführ der  
 Anleihefrage werde dadurch erleichtert werden. Der  
 Eintritt von Sozialdemokraten in das neue Kabinett  
 würde hier begrüßt werden, weil man für den Fall  
 eines vollständigen Zurücktretens der Sozialdemokra-  
 ten in die Opposition Unruhen in Deutschland be-  
 fürchtet.

**Soziales.**

**Die Spende für das deutsche Schrifttum.** Dem  
 Reichspräsidenten sind wie bereits mitgeteilt, unter  
 Vermittlung des deutschen Gesandten in Bern durch  
 die Schweizerisch-Deutsche Hilfskommission 25 Millio-  
 nen Mark zur Vinderung der Not der deutschen Redak-  
 teure, Journalisten und Schriftsteller überwiesen wor-  
 den. Der Reichspräsident hat die Spende an die  
 Zentralorganisationen des deutschen Schrifttums ver-  
 teilt, die in der sozialistischen Fürsorge für Redakteure,  
 Journalisten und Schriftsteller eine ihrer Hauptauf-  
 gaben sehen. Ein kleinerer Teil der Spende ist für  
 Zwecke der in Gründung begriffenen Matgenossenschaft  
 der deutschen Kunst, Abteilung Schrifttum, und für  
 besondere Fälle einzuweisen zurückgehalten worden.

**Dänische Hilfsaktion für den deutschen Mittel-**  
**stand.** In Kopenhagen hat sich ein Komitee zur Sam-  
 lung von Beiträgen für den notleidenden deutschen  
 Mittelstand gebildet, das einen Aufruf mit einer  
 eindringlichen Mahnung zur Hilfe erlassen hat. Es  
 heißt in dem Aufruf: "Die Hilfe Dänemarks muß  
 den großen Deutschland gegenüber gering erscheinen,  
 aber die Gabe, die wir bieten können, kann infolge  
 der Kaufkraft unserer Valuta vielen über den Winter  
 helfen. Wir beabsichtigen durch die Mittelstandshilfe  
 in alten Kulturzentren wie Weimar, Göttingen, Jena,  
 Erlangen, Heidelberg, Lübeck usw. Familien, deren  
 Frauen und Kinder Not leiden, zu helfen." Inver-  
 dem veröffentlicht das dänische Gesamtomitee für Hilfe-  
 leistung in den vom Kriege heimgekehrten Ländern  
 einen Aufruf an das dänische Volk zur Spendung  
 von Beiträgen für eine Hilfsaktion zugunsten not-  
 leidender Kinder in den deutschen Großstädten

und in Sachsen und Thüringen. Der Minister des In-  
 nern beantragte beim Finanzausschuß des Reichstages  
 die Bewilligung von 35 000 Kronen Staatszuschuß  
 für die Hilfsaktion des Komitees.

**Locales.**

**Wendekalender für den 19. November.**  
 1770 \* Der dänische Bildhauer Albert Bertel Thor-  
 valdsen in Kopenhagen († 1844) — 1823 † Der Komponist  
 Franz Schubert in Wien (\* 1797) — 1833 † Der Philo-  
 soph Dilthey in Breslau (\* 1811) — 1843 \* Der Chirurg  
 Rinsenz Czerny in Prag (\* 1811) — 1865 \* Der  
 Vater Otto Gannan in Hamburg (\* 1902) — 1869 Er-  
 findung des Elektrizitäts — 1833 † Der Ingenieur Wilhelm  
 Siemens (\* 1822).

**Wahlfahrtsmärkte.** Die Reichspostverwaltung  
 wird in der ersten Hälfte des Dezember zwei Wahl-  
 fahrtsmärkte zugunsten der Alters- und Kinderhilfe  
 der Deutschen Roten Kreuzgesellschaft herausgeben, die nur  
 bis zum 15. Januar verkauft werden sollen. Der Fran-  
 kerungsbeitrag der beiden Marken wird 12 Mark (einfach-  
 er Markbrief) und 6 Mark (Fernpostkarte) betragen.  
 Die Marke zu 12 Mark soll für 20 Mark, die zu 6 M.  
 für 10 Mark verkauft, der Ueberschuß von 8 und  
 4 Mark soll für den genannten Wahlfahrtszweck ver-  
 wendet werden. Von jeder Sorte wird nur eine Auf-  
 lage von 5 Millionen Stück hergestellt. Die Marken  
 erhalten ein besonderes Bild, das auf anderen Frei-  
 markten nicht erscheinen wird.

**Scherz und Ernst.**

**ff. Postkutschen in den Vereinigten Staaten.**  
 Die Ueberfälle auf Postwagen und Postkutsche sind  
 in Amerika so zahlreich geworden, daß sich die Re-  
 gierung in Washington jetzt zu energischeren Vor-  
 gegen dieses Unwesens entschlossen hat. Sie wird für  
 die Bahnhöfe und Postwagen, die Postkutschen be-  
 fördern, von bewaffneten Marineoldaten begleitet la-  
 ssern, bis es gelungen ist, eine eigene postalische Be-  
 wachungsgruppe zu organisieren. In den letzten Wochen  
 wurden in New York und anderen großen Städten  
 wiederholt Postkutschen zum Halten gezwungen. Die  
 tend sie und ihre Begleiter mit vorgehaltenen Re-  
 volvern in Schach gehalten wurden, räumten die Post-  
 kutschen in aller Ruhe den Postwagen aus und verließen  
 seinen Inhalt auf Antas, mit denen sie davonfahren.  
 Das gleiche Schicksal widerfuhr den Lokomotivführern,  
 die gezwungen wurden, langsam zu fahren, damit  
 die Räuber den Postwagen plündern und die Beute  
 herauswerfen konnten. Die Postverwaltung erklärt,  
 daß sie auf diese Weise um Millionen von Dollars  
 geschädigt worden ist. Auf das bringende Erlauchen  
 des Generalpostmeisters hat sich Präsident Harding  
 denn auch entschlossen, Marineoldaten zum Sicherheits-  
 dienst abzuordnen. "Wir stehen im offenen Krieg  
 mit den Banditen und Strandräubern der Vereinigten  
 Staaten," erklärte der Generalpostmeister, "und wir  
 müssen dafür sorgen, daß auch die letzte Postkutsche  
 vor diebischen Angriffen geschützt wird, ganz gleich,  
 was dieser Schutz kostet." So werden denn in Zukunft  
 Tausende von mit Flinten und Revolvern bemanneten  
 Matrosen die Postwagen der Eisenbahnhöfe und Post-  
 farren begleiten, die den Befehl haben, jeden Ver-  
 dächtigen niederzuschießen.

**Im Auto durch die Sahara.**

**Ein gelungenes Experiment.**  
 Nachdem der Versuch französischer Polizeiflug-  
 zeuge, die Sahara zu überfliegen, mit einer Kata-  
 strophe geendet hatte, unternahm es die französische  
 Regierung, in diesem Jahre die Sahara auf dem  
 Strede von Algier nach Tamarassett mittels Last-  
 automobilen zu durchkreuzen. Der Zweck dieser Un-  
 ternehmung war, Benzin- und Nahrungsmittelreser-  
 ven längs der seitens der französischen Regierung  
 geplanten Verkehrsflugstrecke von annähernd zweitausend  
 Meilen Länge anzulegen, deren Fehlen hauptsächlich  
 die Katastrophe des Vorjahres zuzuschreiben war.  
 Ein Zug von 23 Lastwagen mit einem Ladevermögen  
 je 30 Tonnern wurde für diese Wüstenreise aus-  
 gestattet und führte unter anderen Borräten auch 1000  
 Gallonen Benzin sowie drei Empfangsstationen für  
 drahtlose Telegraphie mit sich. Diese Fahrzeuge waren  
 von derselben Art, wie sie die Alliierten während des  
 Krieges benutzten; die einzige wichtige Aenderung war  
 nur, der Einbau von doppelten Luftreifen an den  
 Vorderachsen, um das Verflachen der Reifen an den  
 Sande zu verhindern und um eine größere Elastizität  
 bei den Fahrten über die felsigen Teile der Strede  
 zu erzielen. Nach der Abfahrt von Algier wurde die  
 erste längere Nacht in Duargla nach 530 Meilen Fahrt  
 gemacht. Mit diesem Punkte waren die äußersten Vor-  
 posten der Ententeabstimmung erreicht, und von jetzt  
 ab war mit den Verhältnissen der unerschlossenen Wüste  
 zu rechnen. Bestenfalls bestand die Strede aus einem  
 Kamelspfad, aber häufig genug verfiel auch dieser  
 vollständig, so daß die erste Motorcaravane bei ihrem  
 erfolgreichen Eindringen in die Sahara sich über plan-  
 lose Sandflächen, untermittelt mit Felsenteten, fort-  
 bewegen mußte. Die Unruhe über eine Strede von  
 1864 Meilen wurde ohne Motordefekt bewerkstelligt  
 und Tamarassett in einem Monat nach der Abfahrt  
 erreicht. Unterwegs wurden Flugstützpunkte in Inzel-  
 Ain-Salah und Hoggar errichtet. Die Rückfahrt voll-  
 zog sich unter ähnlichen Bedingungen, scheint jedoch  
 schneller vorstatten gegangen zu sein, da die Fahrzeuge  
 jetzt weniger belastet waren.

Nicht nur der gefamte Lastzug gelangte wohlbe-  
 halten an seinen Abfahrtsort zurück, sondern auf der  
 Rückfahrt sammelten die Wagen nicht weniger als elf  
 Lastwagen auf, die in der Wüste während früherer  
 Durchfahrtsversuchen aufgegeben worden waren, und  
 schleppten diese nach Algier. Der glänzende Erfolg be-  
 weist die wichtige Rolle der Motorfahrzeuge bei Er-  
 schließung solcher Lufthöhen quer durch ein straken-  
 und eisenbahnloses Land.